

---

## "Die Waffen segnen?"

### Legitimation militärischer Einsätze der Streitkräfte und Militärseelsorge

**Vortrag von Militärbischof Dr. Walter Mixa bei der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg, 07. Mai 2001**

Der Katholische Militärbischof für die Deutsche Bundeswehr *"ist bestellt, um die Seelsorge unter den zur Deutschen Bundeswehr gehörenden Katholiken zu ordnen, zu leiten und wirksam zu gestalten"*.

So heißt es lapidar in Art. 1 der Päpstlichen Statuten für den Jurisdiktionsbereich des Katholischen Militärbischofs für die Deutsche Bundeswehr vom 22. November 1989. *"Kraft seines Amtes wird er es sich angelegen sein lassen, den ihm unterstellten Katholiken die christliche Lehre, die Sakramente der Kirche und die seelsorgliche Leitung leichter und fruchtbarer zugänglich zu machen"*.

Mein heutiger Besuch in der Führungsakademie der Bundeswehr, dem zentralen Ort der Aus- und Fortbildung der hohen militärischen Verantwortungsträger unserer deutschen Streitkräfte, gibt mir Gelegenheit zu erläutern, was dieser Auftrag konkret für die Bezeugung des "Evangelium des Friedens" (Eph 6, 15) und die Verkündigung der kirchlichen Lehre vom "gerechten Frieden" bedeutet.

Denn als Seelsorger muss ich darauf achten, die konkreten Bedingungen und Verhältnisse und vor allem die Menschen selbst in den Blick zu nehmen, für die ich mich mit meinen Militärggeistlichen, den Pastoralreferenten und ihren Mitarbeitern pastoral verantwortlich weiß. Konkret und wirksam muss dieser Dienst also sein - und auch demütig und selbstkritisch, möchte ich hinzufügen. Denn auch die Katholische Militärseelsorge unseres Landes - und die zuletzt zitierte Formel weist durch ihre Sprachgestalt auf ihr Alter von fast 150 Jahren hin - muss sich ihrer eigenen Geschichte stellen: Wie sind die Soldatenseelsorger früherer Jahrzehnte dem Auftrag friedensethischer Verkündigung und der Gewissensbildung gerecht geworden? Was können wir Seelsorger heute aus dieser Geschichte lernen und was haben wir gelernt? Wie können wir unseren Beitrag dazu leisten, dass Sie als militärische Führer Ihre eigene Verantwortung gegenüber dem staatlichen Auftraggeber und den Ihnen unterstellten Soldaten und nicht zuletzt all denen Menschen gegenüber gewissenhaft wahrnehmen können, die durch Ihr Handeln betroffen sind? Diese Fragen stellen sich heute mit unabwendbarem Ernst, denn Einsätze der Bundeswehr können mit militärischer Gewaltanwendung, mit Verwundung und Tod - und auch mit Scheitern und Niederlage verbunden sein.

In den vergangenen Monaten hatte ich verschiedentlich Gelegenheit, die wesentlichen Aussagen des Hirtenwortes der Deutschen Bischöfe "Gerechter Friede" vom September 2000 Soldaten bekannt zu machen. Hier in der Führungsakademie der Bundeswehr hat sich in dankenswerter Weise mein bischöflicher Mitbruder im Erzbistum Hamburg, Weihbischof Dr. Jaschke, dieser Aufgabe gestellt. Aber auch in der unmittelbaren persönlichen Begegnung mit Soldaten und Soldatinnen aller Dienstgradgruppen, hier in der Heimat und im Einsatzgebiet auf dem Balkan, konnte ich manche in diesem Text aufgeworfene Sachverhalte und Probleme ansprechen. Dabei wurde mir immer wieder bewusst, dass Soldaten direkte Fragen an ihre Seelsorger richten und klare Antworten

erwarten. Weiterhin habe ich erfahren, dass diese Unmittelbarkeit in der Sache und oft auch die Unverblümtheit der Sprache Ausdruck entgegengebrachten Vertrauens sind; eines Vertrauens, das aus der Nähe wächst, in der sich Soldaten und ihre Militärseelsorger - zumal im Auslandseinsatz - im alltäglichen Leben, in Dienst und Freizeit, begegnen, sich kennen- und wertschätzen lernen.

Daran durfte auch ich teilhaben, und darum möchte ich heute einige Fragen zur angewandten Friedensethik ansprechen, mich also nicht auf die Verkündigung von Prinzipien und allgemeinen Werten und Normen beschränken, sondern auf Fragen aus dem Leben und Erleben von Soldaten zu antworten versuchen.

## 1. "Lehren" der Geschichte

Auch heute kommt es vor, dass Militärgeistliche gefragt werden, wie oft sie denn schon Waffen gesegnet hätten. Die dann gegebene Antwort, eine solche Segnung sei heute unzulässig und schon in beiden Weltkriegen katholischerseits nicht vorgenommen worden, ist zwar richtig, trifft aber wohl nicht den Kern des in der Frage Angesprochenen. "Den Segen geben" meint wohl eher, den militärischen Gewalteinsatz ethisch zu billigen oder gar gutzuheißen, ihn als gutes Mittel zu einem hohen Ziel, ja vielleicht sogar als Ort der menschlichen Bewährung oder gar des heroischen religiösen Opfers zu preisen. Ja, es ist wahr, all dieses hat es etwa im Ersten Weltkrieg im großen Umfang gegeben. Es wurde nicht nur um den Sieg der eigenen Fahnen gebetet, sondern die gerechte Sache wurde für jede Seite von den Christen und ihren geistlichen Hirten fest vertreten - in Frankreich, in Italien, in der Habsburger Monarchie mit ihren vielen Völkern und auch in Deutschland. Vielleicht gerade in unserem Land, weil die katholische Minderheit nach dem Kulturkampf nicht als ultramontanistisches, trojanisches Pferd hinter den Söhnen des "deutschen Luthers" zurückstehen wollte. Die Zeugnisse der moralischen und religiösen Überhöhung nationalistischer Kriegspropaganda beider Kirchen sind zahlreich. Die Feldseelsorger hingegen, die ja oft unmittelbar der Wirklichkeit des modernen Krieges ausgesetzt waren, waren in diesem Chor noch eher diejenigen, die sich zurückhielten - und schwiegen.

Und ein solches beredtes Schweigen war das auffällige friedensethische Zeugnis der Kriegspfarrer der Wehrmacht im Zweiten Weltkrieg. Als vor Jahren der seinerzeitige Militärgeneralvikar Ernst Niermann ehemalige katholische Feldgeistliche um die Niederschrift ihrer Erinnerungen bat, erhielt das dann zustande gekommene Buch - als Zitat aus einem Beitrag - die sinnfällige Überschrift: "Mensch, was wollt ihr denen sagen?": zum "gerechten Sinn" dieses Krieges, zu befohlenen Verbrechen, zu militärisch sinnlosen Befehlen und Operationen, zum tragischen Tod unschuldiger junger Soldaten durch die Hand eigener Kameraden.

Die Kirche - ich kann hier nur für meine eigene sprechen - hat aus dem Erlebnis von modernem Massenkrieg und Diktatur ihre Lehren gezogen:

a) Das Wesen des Politischen, die Beziehung von Staat und Gesellschaft und die öffentliche Rolle der Kirche in der Massengesellschaft wurden neu bestimmt. Die innere Orientierung an patriarchalischen, hierarchisch strukturierten, von der "hausväterlichen" Autorität abgeleiteten Politikmodellen wurde zugunsten einer Hinwendung zur parlamentarischen Demokratie überwunden.

b) Die Wertung des Krieges als eines quasi "natürlichen" Mittels staatlicher Politik, wie sie zum Kern des neuzeitlichen, souveränen Staatsmodells gehört, wurde aufgegeben. Der theoretische und praktische Kompromiss in der modernen Staatsauffassung - den sog.

"äußeren" Bereich, vor allem die Organisation der Gewaltsamkeit, als Sache des Staates, den "inneren" Bereich - Seele, Gemüt, Emotion - als Angelegenheit von Religion und Kirche anzusehen, wurde endgültig in seiner Widersprüchlichkeit durchschaut und abgelegt.

c) Eine Seelsorge in den Streitkräften muss als Aufgabe der Gesamtkirche betrachtet und geleistet werden. Sie darf nicht politisch oder militärisch instrumentierbar sein und sich nicht auf Riten und individuelle Frömmigkeitsübungen abdrängen lassen. Statt dessen muss sie einerseits als wirkliche "Militär" - und nicht nur "Soldaten"-Seelsorge einen öffentlichen, sozial-ethischen Auftrag auch gegenüber der Institution der Streitkräfte wahrnehmen. Andererseits muss sie wirksam - nicht nur in schönen Worten - auf eine Gewissensbildung zumal des militärischen Führercorps hinwirken können.

In der Entwicklung der kirchlichen Friedenslehre selbst spiegelt sich dieser Prozess unmittelbar wider. Aus einem völlig bedeutungsarmen, in der theologischen Ausbildung und Wissenschaft und mehr noch im kirchlichen Leben fast völlig bedeutungslosen Traktat über den "bellum iustum" wurde eine systematisch entfaltete kirchliche Soziallehre über "gerechten Frieden". Diese schließt den Schutz und die Förderung grundlegender Menschenrechte ein, jenseits zu begrenzender Souveränitätsansprüche der Staaten, und ebenso die Entwicklung und den Schutz der natürlichen Umwelt. Sicherheitspolitik und ihre Mittel, zumal der militärische Faktor, werden ausschließlich in dieser Zielperspektive auf den Schutz von Frieden und Menschenrechten hin für sittlich legitim erklärt. In unserem Bischöflichen Wort zum "Gerechten Frieden" können Sie diese Linie unschwer verfolgen.

Einen Aspekt möchte ich - letztlich auch als Bestandteil geschichtlichen Lernens - noch besonders hervorheben: die kirchliche Thematisierung und Wertung des Gewaltproblems. Hier war schon im Text des Vorgängerwortes "Gerechtigkeit schafft Frieden" (1983) die biblische Botschaft von dem durch Gott geschenkten "Schalom" in seiner unmittelbaren Beziehung zu den Heilzeichen des neuen Gottesreiches hergestellt, wie sie Jesus in der Bergpredigt angesagt hat. Der von Gott in Christus geschenkte Frieden, der damit zugleich zum moralischen Auftrag menschlichen Handelns wird, lebt von Gerechtigkeit und Freiheit. Die Gewalt hingegen untergräbt bzw. zerstört letztlich sowohl die eine wie die andere. Freiheit und Gerechtigkeit können daher auch niemals in einem Konkurrenzverhältnis zueinander verstanden werden. Ohne einen christlich durchformten Pazifismus wäre uns Katholiken eine solche Erkenntnis historisch kaum zugewachsen. Als Militärbischof weise ich daher mit Dank auf die Verdienste des "Friedensbundes Deutscher Katholiken" der Vorkriegszeit und der Internationalen Friedensbewegung "Pax Christi" nach dem Zweiten Weltkrieg hin, ohne dabei ihre politischen Aktivitäten im einzelnen bewerten zu wollen. Dass in unserer katholischen Kirche - etwa in der Deutschen Kommission Justitia et Pax - Soldaten, christliche Pazifisten und anerkannte Kriegsdienstverweigerer sich gemeinsam für den Frieden engagieren können, hat diese Lehrentwicklung zur Voraussetzung. Diese sieht einerseits - und das ausschließlich - im Soldaten einen "Diener für Sicherheit und Freiheit der Völker" (Zweites Vatikanisches Konzil, GS Nr. 79), andererseits nimmt sie auch einem verabsolutierten Gesinnungspazifismus die Spitze, indem sie auch dem Pazifisten abverlangt, im Grenzfall den gewaltsamen Schutz der Würde und der Rechte von Menschen zu bejahen.

## **2. "Ethische Legitimation"**

Der große deutsche Soziologe Max Weber hat schon vor 100 Jahren darauf hingewiesen, in welcher Weise politisches Handeln - gerade im Kontext organisierter Strukturen - auf die Zustimmung, auch die innere Zustimmung, jener angewiesen ist, die von den konkret

erhobenen Herrschaftsansprüchen betroffen sind. Macht oder gar Gewalt können niemals auf Dauer "Staat machen". Dieses Werben um Zustimmung und das Gewinnen dieser Unterstützung von Politik nennt Max Weber Legitimation, die für die Stabilität politischer Herrschaft unverzichtbar ist.

Was dies für eine parlamentarische Demokratie unseres deutschen Typs, in der die politischen Parteien eine herausragende Rolle spielen, bedeutet, brauche ich hier nicht weiter zu erläutern. Der geschilderte Hintergrund aber ist von Belang, wenn wir uns heute - aus der Sicht der Seelsorge - danach fragen, welche Rolle Moral und Ethik in diesem Zusammenhang spielen.

Ethische Positionen und Optionen sind ein Faktor, der dazu beiträgt, dass politische Handlungen öffentliche Akzeptanz finden. So werden Moral und Ethik, zumal in der öffentlichen Repräsentanz, u. a. durch die großen Kirchen, zum Gegenstand bzw. Faktor der Politik. Sie werden es - wie jüngste Erfahrungen zeigen - vor allem dann, wenn rechtliche oder reine Verfahrens-Legitimationen zur Lösung politischer Streitfragen offensichtlich nicht ausreichen. Die Einsetzung eines Ethik-Rates durch die Bundesregierung soll etwa dabei helfen, schwierige, für das politische Publikum schwer durchschaubare, zugleich aber mit erheblichen Gruppeninteressen verbundenen Grenzfragen medizinischer, rechtlicher und politischer Art zu lösen.

Wie die Erfahrung zeigt - ich erinnere etwa an die Situation des Zweiten Golfkrieges sowie den Kosovo-Konflikt - kommt sicherheitspolitischen Entscheidungen zum militärischen Einsatz der Streitkräfte hierbei nochmals eine Sonderrolle zu. Mit der Entscheidung "ad bellum" wird heute eine Grenze überschritten, die die politischen Entscheidungsgremien und Persönlichkeiten vor nahezu unlösbare Begründungsaufgaben stellt. Es liegt nahe, angesichts solcher Bedingungen öffentlich vorgetragene Begründungen für politische und militärische Entscheidungen mit einem hohen Grad der Emotionalität zu verbinden. Aber auch diese bedarf ihrerseits - wenn sie nachhaltig wirksam sein soll - noch einer, wie ich es nennen möchte, rationalisierenden Zuspitzung. Die kann dann im moralischen Appell an höchste Werte gesucht werden.

Angesichts der medialen Vermittlung politischer Begründungen und Argumentationen kommt der handelnde Politiker ganz sicher auch in existentiell empfundene Grenzbereiche. Der NATO-Sprecher während der Kosovo-Operationen, Jamie Shea, hat kürzlich in einer Fernsehdokumentation auf die besondere, entscheidende Rolle der politischen Führer für die öffentliche Meinungsbildung in ihren Ländern hingewiesen. Ein besonderes Lob sprach er dem deutschen Bundeskanzler, aber auch dem Verteidigungs- und Außenminister aus. Und er schloss mit der Anmerkung: "Wenn wir die öffentliche Meinung in Deutschland verloren hätten, hätten wir sie im ganzen Bündnis verloren". Es war aber offensichtlich, dass ohne die Unterstützung durch die öffentliche Meinung die militärischen Operationen nicht hätten fortgesetzt werden können.

Das war und ist eine politische Wirklichkeit, die sich durch ethische Reflexionen nicht ersetzen lässt. Darf aber daraus gefolgert werden, dass Moral und Ethik in der Stunde politischer Entscheidungen und militärischen Handelns von der Bühne abtreten müssen? Das darf und kann nach meiner festen Überzeugung nicht so sein. Allerdings bedarf der Modus des Wirksamwerdens ethischer Optionen in diesem Kontext einer näheren Bestimmung. Einerseits ist sicherlich das persönliche Ethos der handelnden Personen anzuführen. Jeder, der Entscheidungen trifft und damit auch die Verantwortung dafür übernehmen muss, wird sich der Schwere der Verantwortung bewusst sein. Und kaum jemand wird in solchen Situationen jene Werte und Normen aus dem Blick verlieren, die unserem Menschsein Würde und Entschlossenheit geben. Das ist aber nur die eine Seite.

Die andere zeigt sich im öffentlichen Prozeß der Legitimation, zumal heute in ihrer medial-kommunikativen Vermittlung. "Eine zentrale Kategorie sicherheitspolitischer Kommunikation ist Glaubwürdigkeit", las ich dieser Tage in einem intelligenten Text. "Sie ist die unabdingbare Voraussetzung für den Erfolg jeglicher Kommunikationsbemühungen durch die Exekutive". Als Kriterien der Glaubwürdigkeit werden Offenheit, Transparenz und Konsistenz (Beständigkeit) genannt. Und ich füge noch einen ethisch gehaltvollen Faktor hinzu: die Wahrheit. Die Macht der Fernsbilder, die für die eigene Sache werben, mag im Moment die öffentliche Meinung maßgeblich beeinflussen. Auf Dauer und bei einer Zuspitzung der Lage, insbesondere bei Zunahme der eigenen Belastungen, reicht sie nicht mehr aus.

Die Botschaft, die durch die Bilder vermittelt werden soll, muss eben letztlich doch schlicht "wahr" sein. Und dabei geht es nicht nur um die Tatsachen-Wahrheit. Der ethische Anspruch, der durch den bildhaft vermittelten Appell erhoben wird, muss sich in einer nachgängigen Reflexion als einlösbar erweisen. Das gilt für die Kriterien, die bei der Bewertung jener Handlungen heranzuziehen sind, die die abgebildeten Tatbestände verursacht haben. Dasselbe trifft nicht minder auf die getroffenen Güterabwägungen zu, die in jeder Situation unabdingbar sind.

Der Kosovo-Konflikt war ja auch für uns Bischöfe in der Vorbereitung unseres Wortes ein "Lehrstück": Angefangen bei der notwendigen völkerrechtlichen Ermächtigung, der Mandatierung durch den UN-Sicherheitsrat, bis hin zu Anwendungsfragen bei der Durchführung der militärischen Maßnahmen - sei es der Schutz der Zivilbevölkerung, der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit, die Kriterien der Hinlänglichkeit und des Suffizienzprinzips und schließlich die Linderung humanitärer Notlagen - waren wir uns immer der grundlegenden Problematik bewusst, dass es die Handelnden mit der konkreten Beantwortung dieser Fragen schwerer haben als jene, die sie als ethisches Kriterium formulieren.

Hier gelangen wir an jenen Punkt, der in Vergangenheit und Gegenwart Kritiker auf den Plan gerufen hat, die die Lehrer der Moral mit einem umfassenden Ideologie-Vorwurf konfrontieren. Denn eine ethische Lehre, die sich in der Praxis als nicht anwendbar erweist, erfüllt die an sich selbst gestellten Forderungen nicht. Ja mehr noch, sie erweist sich zu leicht als geeignet, nach außen einen moralischen Mantel der Legitimität dort umzulegen, wo tatsächlich sogar direkt unmoralische Motive und nicht zu rechtfertigende Strategien das Handeln bestimmen. So wird denn behauptet, in der Geschichte seien alle Kriege als "gerechte" geführt worden, es komme eben nur auf die jeweilige Interessen-Perspektive an. Und mehr noch: Da nach christlichem Verständnis die Ethik jeden einzelnen in seinem Handeln unbedingt verpflichtet, werde dann entweder die moralische Person oder aber das behauptete Ziel der Lehre vom "gerechten Frieden" desavouiert. Dann gelte nach wie vor der in einem moraltheologischen Handbuch des Jahres 1907 enthaltene Satz: "Da jedoch der Einzelne selten im Stande ist, über Recht oder Unrecht eines Krieges sicher zu urteilen und es dem von der Staatsgewalt ausgehobenen oder militärpflichtigen Soldaten auch nicht zusteht, die Gerechtigkeit oder Erlaubtheit eines Krieges zu untersuchen, so hat er selbst im Falle des Zweifels an der Gerechtigkeit des Krieges einfach Folge zu leisten".

Nach den genannten Lehren aus der Geschichte kann ich es, zumal aus seelsorglicher Sicht als Ihr Militärbischof, bei einer solchen Betrachtung nicht bewenden lassen.

Der einzelne - weder der verantwortliche Politiker noch der handelnde Soldat - darf für die Moralität militärischer Gewaltanwendung isoliert und quasi "privat" in Haft genommen werden. Vorrangig ist der öffentliche, politische Prozess. Und hier, so meine ich, stellen sich aus ethischer Perspektive eine Reihe von Fragen als Lehren aus der Kosovo-Krise. Ich möchte nur einige nennen:

- In welcher Weise haben die politischen Parteien, sowohl die Regierungsparteien wie die in der Opposition, den entscheidenden Beschluss des Deutschen Bundestages vorbereitet und auch öffentlich begründet?
- In welcher Weise sind die Medien, vor allem das Fernsehen, ihrer Aufgabe der öffentlichen Information und kritischen Begleitung des Regierungshandelns nachgekommen? Es scheint mir doch recht billig, zwei Jahre nach den kriegerischen Ereignissen durch den Vorwurf "Es begann mit einer Lüge" einem maßgeblich handelnden Akteur eine Gesamtverantwortung für die "Wahrheit" zuzuweisen, bei deren Suche man in der kritischen Situation selbst jämmerlich versagt hat.
- In welcher Form und mit welchen Argumenten haben die maßgeblichen Vertreter der Völkerrechtswissenschaft, national und international, die Frage einer zureichenden Mandatierung eines Streitkräfteeinsatzes zu der durchgeführten, als humanitäre Intervention gekennzeichnete Maßnahme im Kontext des politischen Entscheidungsprozesses öffentlich thematisiert?
- Welche Beiträge haben die großen gesellschaftlichen Organisationen zur notwendigen Politikbegleitung in den Monaten der Krise geliefert? Gab es nicht ein mehr oder weniger geheimes Einverständnis, dass - wie Jamie Shea es nannte - "die politischen Führer nun die entscheidende Rolle für die öffentliche Meinung spielten" - und nur sie?

Die zuletzt ausgesprochene Frage muss ich, der Ehrlichkeit halber, natürlich auch an die Institution richten, in der ich selbst Verantwortung trage, nämlich die katholische Kirche in Deutschland. Haben wir Bischöfe, haben die Institutionen unserer Kirche, die sich mit Fragen der Sicherheitspolitik und der Verteidigung befassen, in dem Zeitraum, in dem die Weichen für die künftigen Entscheidungen gestellt wurden, die ihnen zukommenden Aufgaben zur öffentlichen Stärkung des "moral point of view" wahrgenommen? Ich muss als höchster katholischer Militärseelsorger diese Frage stellen, um die Last der Kritik, auch mancher Unterstellungen, nicht einseitig verantwortlich handelnden Politikern oder den Soldaten und Soldatinnen unserer Bundeswehr aufbürden zu lassen.

### **3. Aufgaben, Chancen und Grenzen der Militärseelsorge**

Lassen Sie mich, bevor ich zur Umschreibung konkreter Aufgaben unserer Militärseelsorge im Kontext dessen, was wir ethische Legitimierung politisch-militärischer Entscheidungen nennen wollen, komme, einige allgemeine Schlussfolgerungen aus meinen Überlegungen ziehen.

1. Im öffentlichen Prozess politischer Legitimation militärischer Maßnahmen müssen die öffentlichen Instanzen die ihnen im demokratischen Staat und einer freien Gesellschaft zukommende Rolle tatsächlich wahrnehmen. Um Lehren aus dem Geschehenen ziehen zu können, muss dies wenigstens im Nachhinein erfolgen. Diejenigen, die zum Handeln verpflichtet sind, haben das Recht und die Pflicht, ihre Erwartungen und Forderungen an diese Institutionen auch öffentlich zu äußern.

2. Wenn es um das Problem der Anwendung militärischer Gewalt geht, ist heute - ich möchte sagen "Gott sei Dank" - der "ethische Faktor" tatsächlich nicht übergebar. Wenn die Politik hier moralische Ansprüche erhebt, muss sie - auch im Nachhinein - bereit sein, die erhobenen Ansprüche einer ethischen Überprüfung unterziehen zu lassen. Natürlich ist man auch im Falle des militärischen Einsatzes von Streitkräften nachher klüger als vorher.

Das hindert aber nicht, sich einer ethischen Rechenschaftspflicht unterziehen zu müssen, wenn man denn sein Handeln ausdrücklich moralisch begründet hat.

3. Gerade in meiner besonderen vermittelnden Rolle als höchster Militärseelsorger und Angehöriger der Deutschen Bischofskonferenz muss ich mich dafür einsetzen, nach Möglichkeit zu gewährleisten, dass die handelnden Politiker und militärischen Führer die von uns Bischöfen mit Anspruch auf Verbindlichkeit (zumindest für die Katholiken) genannten Prinzipien und Kriterien zur Bewertung des Geschehenen praktisch anwenden. Eine politisch-moralische Auswertung des Kosovo-Konfliktes kann also unmöglich pensionierten Generalen und der PDS überlassen bleiben.

Was nun die Aufgabe unserer Katholischen Militärseelsorge in diesem Zusammenhang ist, möchte ich jetzt in Kürze und, wie zu Anfang versprochen, konkret und klar umschreiben.

1. Ich werde dafür Sorge tragen, dass meine Militärseelsorger über ihre übliche theologisch-ethische akademische Ausbildung hinaus hinreichende Kenntnisse in System und Anwendungsfragen der kirchlichen Friedenslehre haben. Zu diesem Zweck besteht seit 1983 das von meinem Vorgänger im Amt als Militärbischof gegründete "Institut für Theologie und Frieden" hier in Barsbüttel bei Hamburg, das über die wissenschaftliche Forschung hinaus sich stärker im Bereich der Fortbildung der Militärseelsorger, der internen Diskussion innerhalb der Bundeswehr und der Beratung der Bischöfe und ihrer Einrichtungen wie auch durch Teilnahme an der öffentlichen Debatte einbringen wird. Ich bin froh und dankbar, dass in den Reihen der in meinem Jurisdiktionsbereich engagierten Laien sowohl in der "Zentralen Versammlung", also dem diözesanen Pastoralrat, wie in der Gemeinschaft katholischer Soldaten Arbeitsgruppen bestehen, die sich schon seit längerem mit friedens- und sicherheitspolitischen Themen befassen. Ich werde mein Augenmerk darauf richten, dass diese wertvolle, hier geleistete Arbeit stärker in der Öffentlichkeit innerhalb und außerhalb der Bundeswehr bekannt wird. Und schließlich werde ich persönlich ethisch bedrückende Fragestellungen im unmittelbaren Kontakt mit hohen Vertretern von Bundeswehr und Politik zur Sprache bringen. Das selbe gilt selbstverständlich auch gegenüber den deutschen Bischöfen und ihrer nationalen Bischofskonferenz.

2. Weil die Ethik ihre eigentliche Aufgabe in der Gewissensorientierung des verantwortlichen Handelnden hat, liegen die Möglichkeiten, aber auch die Grenzen moralisch-ethischer Information und Beratung von Soldaten vor allem dort, wo sich das Problembewusstsein von Soldaten formiert, und in der Art und Weise, wie es sich Ausdruck verleihen kann. Friedensethische Fragestellungen werden künftig, mehr noch als in der Vergangenheit, einen zentralen und nachhaltig realisierten Ort im lebenskundlichen Unterricht haben. Insbesondere gilt dies für die zentralen Bildungsinstitutionen der Streitkräfte, zumal in den Laufbahnlehrgängen für Offiziere und Unteroffiziere, aber auch in den Arbeitsgemeinschaften für Offiziere und Unteroffiziere in militärischen Behörden und vor allem auch in der Truppe selbst. Auf diesem Gebiet sind sicherlich in der Alltagspraxis nicht leicht zu lösende Aufgaben zu bewältigen. Die ethische Reflexion erscheint vielfach als abstrakt, manchmal wirklichkeitsfremd und oft auch kontraproduktiv im Hinblick auf konkrete Zwänge zu Problemlösungen. Hier ist eine Übersetzungsarbeit zu leisten, die wirkliche Dialogbereitschaft von beiden Seiten voraussetzt. Dabei muss man sich auf Fragestellungen des jeweils anderen wirklich einlassen. Das ist oft nicht leicht. Aber das gemeinsame Ziel, auf das ein solcher Dialog ausgerichtet ist, sollte uns ermutigen, auch aufwendige und manchmal anstrengende Schritte zu unternehmen. Es geht ja letztlich um die Vergewisserung, ob jeder in seinem konkreten Verantwortungsbereich bei einem militärischen Einsatz, vor allen Dingen bei der Anwendung militärischer Gewalt, vor seinem eigenen Gewissen und vor den Menschen bestehen kann, für die er Verantwortung wahrnimmt.

3. Jetzt ist, so scheint mir, der Punkt gekommen, wo ich jene notwendige Demut in Erinnerung bringen muss, die dem Seelsorger unter den Soldaten in der Institution Bundeswehr angesichts seiner Verantwortung für die Verkündigung des "Evangelium des Friedens" und der Hoffnung auf die Möglichkeit eines "gerechten Friedens" angemessen ist. Dies legt zuerst die Erkenntnis der begrenzten Möglichkeiten nahe, unter denen er sich seiner Aufgabe unterzieht, wie auch den in der Sache selbst liegenden, den Menschen oft überfordernden Aufgaben, die sich im Zusammenhang mit militärischen Einsätzen stellen. Die Hoffnung, die mich als katholischen Christen, Priester und Bischof beseelt, ist jene, dass jeder Mensch, der sich gewissenhaft um das Tragen seiner eigenen Verantwortung bemüht, durch Gottes Gnade die Erkenntnis und Kraft erhält, in den Situationen der Herausforderung zu bestehen. Dies gilt auch, wenn das längst nicht bedeutet, dass sich in dieser Hoffnung alle Probleme als lösbar erweisen und alle Handlungsherausforderungen bewältigen ließen, ohne moralisch schuldig zu werden.

Ich komme nochmals zur Frage ethischer Legitimation von Politik zurück. Es gehört zu den mehrfach angesprochenen Lehren aus der Geschichte, die ja letztlich für uns Christen ein Lernen auf dem Glaubensweg der Kirche und der Christen sind, dass, "das Wohl der ...anvertrauten Völker" - und ich füge hinzu: nicht nur das des eigenen, sondern das Wohl aller Menschen dieser Welt - "zu schützen" ist. Das Zweite Vatikanische Konzil, das dies den Regierenden und den für den Staat Verantwortung Tragenden ins Gedächtnis ruft, verbindet dies mit der - nur scheinbar trivial lautenden - Mahnung: "Sie sollen diese ernste Sache ernst nehmen" (II. Vatikanisches Konzil, GS Nr. 79).

Der zitierte Aufruf des Konzils ist zuerst sicherlich in sich moralisch gemeint. Sie schließt aber einen davon unabhängigen Gesichtspunkt ein, den auch jene nicht übersehen sollten, die unser christliches Bild vom Menschen, seiner göttlichen Berufung und moralischen Verantwortung gegenüber Schöpfer und Mitmenschen nicht teilen: Wie uns die geschichtliche und die gegenwärtige Wirklichkeit des militärischen Einsatzes von Streitkräften lehrt, haben Menschen nur begrenzte Ressourcen, seelische Belastungen und fehlende Einsichten in den Sinn ihres Tuns und oft Erleidens zu verarbeiten. Nichts wird auf Dauer den Dienst eines Soldaten mehr erschweren als die Einsicht, möglicherweise einer unbedeutenden oder gar schlechten Sache seinen Dienst zu leisten. Selbst wenn es gelänge, in unserer deutschen Gesellschaft auf Dauer für unsere Soldaten, zumal im Auslandseinsatz, das zu bewerkstelligen, was die Amerikaner "support" nennen, bleiben die letzten Fragen nach dem moralischen Sinn des soldatischen Dienstes in seiner konkreten Form dann immer noch offen. Auch der Soldat, der sich nicht nur von Kameraden, sondern auch von den politischen Institutionen, ja von der Öffentlichkeit, von seinen Nachbarn, seiner Familie und seinen Freunden getragen weiß, fragt sich letztendlich in einem Umfeld anhaltender Unfriedlichkeit, Not und Gewaltbereitschaft, warum er hier sein Leben und seine Gesundheit einsetzen soll. Insofern ist der "moralische Faktor" dem Dienst und Leben des Soldaten im militärischen Einsatz immanent. Hier liegen mögliche absolute Grenzen politischen Wollens und jeder militärischen Führungsfähigkeit. Unsere demokratischen Nachbarn in Europa haben in den vergangenen 50 Jahren bei den Versuchen einer militärischen Verteidigung politisch und moralisch überholter Kolonialpolitik ebenso wie auch die Vereinigten Staaten in ihrem Engagement in Vietnam lernen müssen, dass die eigene Öffentlichkeit, das Volk in der Heimat, der Politik die Gefolgschaft aufkündigt, wenn der Einsatz der militärischen Mittel und Kräfte seine sittlichen Grundlagen verloren hat.

Meine Damen und Herren,

heute und an diesem Ort wollte ich die Gelegenheit nutzen, öffentlich Überlegungen über

Aufgaben, Chancen und Grenzen der Militärseelsorge im Blick auf die friedensethische Gewissensbildung der Soldaten vorzutragen. Ich konnte ihnen sicherlich keine fertigen Antworten anbieten. Das liegt aber offensichtlich in der Natur der Sache. Ich wäre froh, wenn es mir gelungen wäre, Ihnen das Problemfeld "Friedensethik" aus der Sicht der Militärseelsorge verdeutlicht zu haben.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und bin - das ist die Grundlage der katholischen Auffassung von Ethik - selbst zum Dialog mit Ihnen gern bereit.